

Die Zahl der
zeigt auch Max
Bertoni des Bla
rapism, eine
es Bischof Serap
hier nach Karlo
zufung auf sein
diese Möglichkeit.

Der Lebens
terre, das er
dem Studium d
diesem Wege
solcher hat er
der Ukraine Ch
über den Zustan
gleich er selber
ihm als Bischof
bindung zu trei
Ukraine sich in

Zunächst als
verhältnismäßig
leiden hatte, lo
fluchtet kriti
Kurt, wo die
noch Charlow,
zu wandern. S
low gefangen, o
kropolit P
haupt, ob er no

Wie zahlre
habt, so aber a
zum Gottes
Kelche und S
ungen des Gottes
eines Bruders
Kelche und Va
holde aus holz

Über die i
essante Aufschl
wangebildeten
man die Glor
Lutherische Kir
Augsburgischen C
genommen, die
Kirchen noch e
Verfolgung hält
sei einig im Kon
den aber noch
für ist die Ang
Zentur passieren
Schimpfen. In
erklärt: Dann
Volemis sonst
gäbe es augen
tere Kleiner G
haben zum Sch
klärt, d. h. ihre
tauer Baiaria
nicht durchzeh
Vermögen der
Falle der Beh

Über das
von Alchimie
starken Opposit
zeigen konne
der Verbannt
wäre. Dagegen
ungen der Kirche an
Kirche tat, hal
genau so perfekt

Über die
Schließung e

Dongam n
die in der Au
straten. Nach
innerhalb wende
Großstädte eins
stilistische e
irgendwande

Mit den W
trieb, erhöhte i
wichtigkeit der
dem Augus we
Dächer, ihren
neue Fassaden.

Die B
heute in den
habe ich
in die Ein
Löps in die E
Gäbler austret

Eines diese
Lago Maggiore
schen zu ihrem
hochst ehrenwert
heit erfüllten T
Raum für jedo
Notwendige spe
küten der Eng
Behausungen b
Gäste. Die Ku
Loftigkeit der B
Dauer nicht au
Jahr zu Jahr
entstanden lang
Einzug. Die B
die wenigen Ge
Uccona war da
wunderbare

SLUB
Wir führen Wissen.

Staatspräsidenten Adelung, den Innensenminister Beulchner und Minister für Arbeit Korell sowie den Oberbürgermeister von Worms und einige Stadträte und Stadtverordnete an Bord.

Der Oberbürgermeister hielt eine kurze Begrüßungsansprache, für die der Reichspräsident dankte. Hierauf wurde die Fahrt nach Oppenheim und Mainz fortgesetzt, wo der Reichspräsident gegen 7.30 Uhr abends, von den Fahrtanwesen, die sich am Ufer aufgestellt hatten, jubelnd begrüßt. Eintrat. Oberbürgermeister Dr. Külb begrüßte den Reichspräsidenten an der Unterseite und brachte ein Glas auf ihn aus, das von der ungeheuren Menschenmenge begeistert aufgenommen wurde.

Auf dem Rheinstrom hatten sich häufig bei Mainz liegenden Schiffe in feierlichem Flaggenschmuck aufgerichtet, und als der Dampfer mit dem Reichspräsidenten in Sicht kam, dröhnten Volkslieder. Schon vorher waren Gläser dem Reichspräsidenten entgegengeschlagen, um ihm aus der letzten Strecke das Ehrengeleit zu geben. Der Reichspräsident, der nach seiner Landung vom Bischof von Mainz Ludwig Maria Hugo und dem Oberhaupt der hessischen Landeskirche Prälat D. Hirsch begrüßt wurde, machte zunächst eine kurze Rundfahrt durch die Stadt. Alle Straßen, die er passierte, waren von einer dichten Menschenmenge umjubelt. Der Reichspräsident nahm dann im großherzoglichen Schloss Wohnung, wo am Abend auf Einladung der Stadt Mainz ein Essen im engeren Kreise stattfand. Um 9.30 Uhr wurde dem Reichspräsidenten ein Hafelzug dargebracht.

Festakt in Mainz

In der festlich geschmückten Stadthalle fand Sonntagmittag ein Festakt statt, der durch Begrüßungsrede des hessischen Staatspräsidenten Adelung und des Oberbürgermeisters Külb eingeleitet wurde — Die Feier wurde durch den Kundschafter übertragen.

Reichsausßenminister Dr. Curtius würdigte in langer Rede die Rheinlandbefreiung. Er überbrachte die Grüße des Reichskanzlers Dr. Brüning und führte u. a. aus: „Der Frieden ist in Europa dann am besten gesichert, wenn es keine unbedrängten Volksteile gibt. Ein gesundes, lebensfähiges Europa ist auf die Dauer nur dann möglich, wenn alle seine Mitglieder gleichberechtigt und gleichgeschätzt sind. Die volle Gleichberechtigung schuldet uns die Welt. Die Achtung hängt von der Selbstachtung ab. Wir sind um so mehr geachtet, je mehr alle Welt erkennt, daß das deutsche Volk allen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zum Trotz den unerschütterlichen Willen zeigt, mit allen Kräften Ordnung in seinem Haus zu schaffen, die Gegenseite und Spannungen im Sinne der Volkgemeinschaft auszugleichen und im friedlichen Wettkampf keinen Wiederauflauf unter den europäischen Völkern zu vollenden. Die Freiheit, das Symbol der Unfreiheit, das sichtbare Zeichen des verlorenen Krieges, gehört der Vergangenheit an. Aber ihre Folgen können sich im Rheinland noch lange auswirken. Das betreute Gebiet darf davon überzeugt sein, daß die Reichsregierung noch wie vor ihm auch weiterhin seine tätige wärmste Aufsicht ausüben lassen wird.“

Unter atemloser Spannung ergriß dann Reichspräsident Külb den Bogen, um dankbar derer zu gedenken, denen die Befreiung des Rheinlandes zu verdanken ist: „In dieser Trauer senken wir gemeinsam das Haupt in der schmerzvollen Erinnerung an die Opfer, die der Kriegsherr und die Selbstbehauptung gefordert haben. Im drückseligen Mittempfinden gedenken wir der Unschuld von körperlichem und seelischem Leid, welche die Besatzungsmacht dem Lande hier aufgelegt hat, aber auch des hohen Ruhes von Herolamus, der hier in der Stille gelehrt worden ist. In der Geschichte der Nachkriegszeit, die leider manche Beweise von Materialismus, Eigensucht und Zwißdrach aufweist, wird diese selblosen Freude eines ganzen Volksteils ein besonderes Ruhmesblatt Deutschlands sein.“

Unter brausendem Beifall schloß der Reichspräsident: „In den vergangenen Jahren der Not hat hier am Rhein in allen Städten und Parteien ein gemeinschaftlicher Willen geherrscht. Nur dieses Bewußtsein, eine Gemeinschaft zu sein und zu leben in unlösbarer Verbundenheit mit den deutschen Volksgenossen, jenseits des Rheins, hat es vermocht, alle Anschläge auf deutschen Boden zuständigen zu machen. Möge in der Zukunft allen Deutschen dieser Geist der Einigkeit gegeben sein! Möge sich zur Freiheit am Rhein im ganzen deutschen Vaterlande endlich auch die Einigkeit gesellen! Dann, aber auch nur dann werden wir die Kraft haben, die uns trost allem, was noch auf dem deutschen Volke lastet, vorwärts und aufwärts bringt.“

Trotz Deutschlandlied beschloß die Feier. Anschließend fand im kurzfristigen Schloß ein Empfang statt. — Um 3 Uhr erschien das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über der Stadt, um seine Huldigung darzubringen. — Dann folgte die Weiterfahrt nach Wiesbaden.

Wiesbaden

Auf der Fahrt nach Wiesbaden wurde der Reichspräsident in Wehrkirch von dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Haas, im Namen der preußischen Regierung begrüßt. Wie in allen Orten, durch die der Reichspräsident fuhr, hatten auch hier Vereine und Verbände Aufstellung genommen. Dem Reichspräsidenten wurden allenthalben stürmische Begrüßungen dargebracht. Besonders herzlich war auch die Begrüßung in Wiesbaden, wo auch aus der weiteren Umgebung große Menschenmassen zusammengetreten waren. Der Kraftwagen des Reichspräsidenten bewegte sich im Schritt durch die Straßen. Im Wiesbadener Kurhaus ließ der Reichspräsident noch die Begrüßung durch Oberbürgermeister Krüger die Spitzen der Behörden, die Vertreter der Einwohnerchaft und Kriegsveteranen vorstellen. Darauf schloß sich ein kurzer musikalischer Abstaat, bei dem eine Dichtung „Bestreites Rheinland“ zum Vorfall kam.

Von Wiesbaden fuhr der Reichspräsident nach Eltville, wo er Gast des bisherigen deutschen Mitgliedes der Rheinlandkommission, Freiherrn Langwerth von Simmern war.

An die Gattin des verstorbenen Reichsausßenministers Dr. Stresemann hat der Reichspräsident von Mainz aus ein Telegramm gesandt, in dem er der Verdienste Stresemanns um die Befreiung gedankt.

* Das Besindeln Siegfried Wagners. Das Besindeln Siegfried Wagners hat sich seit gestern gebessert. Mit einer Teilnahme an den Feiertagen ist jedoch vorläufig nicht zu rechnen. Der Patient muß sich noch wie vor vollkommene Schonung aufzuhören.

* Zwei Tote und vier Schwerverletzte bei einem Kraftwagenunglück. Auf der Fahrt von Pfarrheim nach Durlach überstieß sich gestern in einer Kurve ein Karlsruher Kraftwagen, der mit jedoch aus Karlsruhe kommenden Personen besetz war. Zwei Personen waren sofort tot, die vier anderen, darunter ein Ehepaar, wurden schwer verletzt.

Un die Zentrumswähler!

Der Wahlaufruf der Zentrumspartei, den der Parteivorstand und die bisherige Reichstagsfraktion erlassen haben, hat folgenden Wortlaut:

Der Kampf um das Zustandekommen einer verantwortungsbewußten und handlungsfähigen Mehrheit im Deutschen Reichstag ist zu Ende.

In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Krise und gefährdender Un Sicherheit hat der Reichstag versagt. Unsicher, aus sich selbst heraus zu handeln und aufzustehen, eine verantwortlich handelnde Regierung zu folgen, verschiel er der Auflösung.

Somit den letzten Reichstagswahlen war es das heiße Be mühen der Zentrumspartei des Reichstags, dem Verfall der Reichsfinanzen zu steuern und die damit verbundene Gefahr für die Behebung der Notlage weiter Volksschäfe, die unter Wirtschaftsknot und Erwerbslosigkeit leiden, zu überwinden.immer wieder haben wir gemacht, aufgerufen, Wege gegeben und praktische Vorschläge unterbreitet, um den Reichstag auszugleichen und die Voraussetzungen zu schaffen für eine Gewährung von Wirtschaft, Staat und Volk. Nicht aufzuschlieben, sondern handeln, das war unsere Parole!

Was im Kabinett Müller nicht gelungen war, wurde von der Regierung Brüning entschlossen und ratifiziert in Angeln genommen und vorangeführt. Eine Zeitlang schien es, als ob rechts und links die Einsicht in die außerordentliche Schwierigkeit der Lage und der staatspolitische Wille zu positiver Arbeit sich durchsetzen würden. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die extremen Parteien rechts und links blieben verstockt. Weder die Deutschnationalen in ihrer Gesamtheit, noch die Sozialdemokratie vermochten die Enge der Parteinteressen zu sprengen und Möglichkeiten zu einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu eröffnen. Weder die Gruppe Hugenbergs, noch die Sozialdemokratie haben ernsthafte und brauchbare Vorschläge zur parlamentarischen Erledigung der Techungsvorlagen unterbreitet. Beide verbanden mit ihren Angeboten und Bedingungen Unmögliches. Sie wollten nicht Mithilfe, sondern Sturz der Reichsregierung, nicht Lösung, sondern Verwirrung. Sie wollten Verlängerung, Flucht vor Verantwortung, sie haben mit den extremen Parteien die Auflösung und Neuwahlen notwendig gemacht.

Die Zentrumspartei hat es an Geduld und gutem Willen zur Verständigung nicht fehlen lassen. Die Reichsregierung selber hat nichts unverucht gelassen, um eine parlamentarische Erledigung der notwendigen Gesetzesvorlagen möglich zu machen. Am Ende muhte sie sich für das entscheiden, was noch höher ist als parlamentarische Form. Volkswohl steht über Parlamentsform! Die Verordnungen der Regierung sind Verordnungen der Notlage. Sie geben Land und Volk die notwendige Sicherung. Wie haben sie nicht leichtsorgens geholfen. Das deutsche Volk wird diese Handlung verstehen. Das deutsche Volk in Stadt und Land wird die Parteien verstehen, die in notabler Zeit ihre Pflicht getan und nicht vor bitterer Verantwortung zurückgewichen sind.

Mit der Auflösung des alten Reichstags ist der Kampf um den neuen entbrannt. Dieser neue Reichstag muß ein anderer sein. Ein Parlament, das selbst nicht den Mut hat, das Notwendige unverzüglich und herhaft zu tun, ist ein notables Unglück. Ein Parlament, das nach seinem eigenen Ver-

fahren der an seiner Stelle handelnden Regierung in den Arm fällt und ihren Notmaßnahmen den Boden entzieht, ist eine Unmöglichkeit. Ein solches Parlament darf nicht wiederkehren.

Wähler und Wählerinnen! Die kommenden Wochen werden über den neuen Reichstag entscheiden. Das deutsche Volk in all seinen Schichten wird den Beweis zu erbringen haben, ob es den Willen und die Kraft hat, eine Zusammenfassung des Reichstages zu erzwingen, die den Aufgaben der Zeit und den Verbedingungen einer gefundenen Volksentwicklung besser zu dienen vermag. Es gilt den Kampf aufzunehmen gegen die Kräfte der Zersetzung und Zerstörung, gegen den Radikalismus rechts und links, gegen die falschen Schlagworte und verirrenden Begriffe. Nicht um Parlamentsrecht, sondern um Parlamentsoffiziell, nicht um Volksrecht gegen Diktatur, sondern um Volkswohl gegen rücksichtlose Parteiherrschaft geht unser Kampf. Das deutsche Volk will Ruhe und Sicherheit, Ordnung und Aufbau, Tatkraft und Pflichterfüllung.

In diesem Zeichen steht unser Wahlkampf.

Für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei.
Die Zentrumspartei des Reichstages.

In einer Fraktionssitzung des Zentrums, die in den letzten Tagen abgehalten wurde, nahm der Parteivorsitzende Prälat Dr. Kaas seine Stellung zu der durch die Auflösung des Reichstages geschaffenen politischen Lage. Er dankte zu nächst im Namen der Gesamtgemeinde dem Reichskanzler für seine Dienste im Dienste des deutschen Volkes. Von der gesamten Zentrumswählerschaft, so führte er aus, ist die Mission des Kabinetts Brüning verstanden worden. Den Kampf, den wir jetzt zu führen haben, werden wir auf keinen Fall defensiv führen, sondern wie werden die Offenfece ergehen.

Die Zentrumspartei hat sich staatspolitischen Notwendigkeiten nicht verlost. Wir haben im Laufe der letzten Jahre gegenüber den Parteien immer wieder die Notwendigkeit einer staatspolitischen Lösung und Verantwortungsfreudigkeit betont. Wenn unsere Empfehlungen befolgt worden wären, dann ständen wir heute nicht vor einem Schwellenhausen. Die Führung der deutschen Politik ist einem deutschen Reichskanzler aus unserem Reihen zugefallen, nicht weil Brüning an Stelle von Müller treten wollte, sondern weil das Zentrum eingesprungen ist.

Wenn wir uns im Wahlkampf nicht in kleinliches Geschäft, in Einzelfällen verlieren, über die auch bei uns verschiedene Auffassungen herrschen können, wenn wir bedenken, was diese Stunde für Glück oder Unglück für Deutschland bedeutet, dann können wir die Müden und Skeptiker im deutschen Volke wieder mobil machen und sie zu unseren Rahmen führen. Unsere Fahne ist heute nicht mehr so sehr Parteidräne, als die Fahne aller deutscher, bei denen noch Sachlichkeit und Vernunft herrschen.

Die Deichungsvorlagen sind heute von der einen Seite als kapitalistisch, von der anderen Seite als marxistisch bezeichnet worden. Darin liegt der Beweis für ihre Güte. In unserem Lager war in den vergangenen Wochen das deutsche Volk, das Wohlergehen dieses in seiner Gesamtheit stand vor uns. Dieses Volk wird auch im Wahlkampf in unserem Lager stehen.

Bahnichthus im Saargebiet bleibt

Auf 250 Mann herabgesetzt.

Genf, 19. Juli.

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes teilte dem Böllerbundessekretariat zur Weiterleitung an den Böllerbundsrat mit, daß die Regierungskommission nach der Rücknahme des Rheinlandes und unter Bezugnahme auf die Entscheidungen des Böllerbundrates vom 18. März 1926 und 12. März 1927 beschlossen habe, die Bahnichthusgruppe des Saargebietes auf 250 Mann herabzusetzen. Außerdem ist auch die Eisenbahnkommision des Saargebietes um einige Mitglieder verkleinert worden. Die Regierungskommission wird Ende August dem Böllerbundsrat noch eine eingehendere Mitteilung darüber machen.

Gepannte Lage in Ägypten

London, 21. Juli.

Die Blätter melden aus Kairo, daß für den heutigen Montag in Kairo und Alexandria Unruhen befürchtet werden. „Daily Herald“ berichtet aus Kairo: Die Regierung Südkorea hat beschlossen, die Kundgebung zur Unterstützung des Parlaments zu verhindern, die die Zügel des Walds heute in Kairo nebst dem Parlamentsgebäude veranstaltet. — „Daily Mail“ meldet: Die Stadt gleicht einem bewaffneten Lager. Die Polizei erklärt, sie würden das Parlament stürmen und trotz des Verbotes der Regierung eine Sitzung abhalten. Die Regierung ist entschlossen, dies mit Waffengewalt zu verhindern. Seit den durchaus gewaltigen Ereignissen des Jahres 1919 ist die Lage keinesfalls so unruhig wie damals. Bei den Gas- und Wasserwerken, am Parlamentsgebäude, den Eisenbahnhäusern und den Toren der wohlfeindlichen Blätter, steht Militär in Bereitschaft. Man erwartet, daß die meisten Geschäfte heute schließen werden. Viele von ihnen haben ihre Räume verbarrikadiert. Dem Korrespondenten folgte schon Agitator der Böllerpartei die Polizei und die Truppen durch aufrührerische Propaganda zu beeinflussen.

Die Waffenlieferungen nach China

Vor Maßnahmen gegen die ausländischen Institutionsoffiziere?

Shanghai, 19. Juli.

Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die chinesische Regierung gegen die Lieferung von italienischen Bombenflugzeugen an General Jen Protest eingezogen. Die Nankingregierung ist der Ansicht, daß eine Waffenlieferung von Seiten Italiens vollkommen ungeeignet sei und zur Verlängerung des Bürgerkriegs beitragen würde. Die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um jegliche Waffeneinfuhr nach China zu unterbinden.

Im Zusammenhang mit einer Anordnung General Jens, Ausländer nach Möglichkeit als Institutionsoffiziere zu beschäftigen, darunter auch Russen, Japaner und Holländer, beabsichtigt die Nankingregierung anzuordnen, daß alle Ausländer im

Gebäude General Jens im Halle ihrer Gefangennahme standrechtlich erschossen werden. Dieser Beschluß ist als Gegenmaßnahme gegen General Jen gedacht, der die deutschen Offiziere, die sich im Dienst der chinesischen Regierung befinden, zu entziehen drohte.

Listenverbindung in Sachsen?

Dresden, 21. Juli.

Das sächsische Wahlrecht erlaubt bekanntlich nur eine Verbindung der Listen der einzelnen Partei in den drei Wahlkreisen, nicht aber die Verbindung von Listen verschiedener Parteien. Die Wirtschaftspartei hat jetzt im Landtag einen Initiativ-Gesetzentwurf eingebracht, wonach § 14 Abs. 2 dahin geändert werden soll, daß derartige Listenverbindungen unter den Wahlwählern häufig möglich sein sollen.

Der Vorschlag der Wirtschaftspartei muß lebhaft begrüßt werden. Artikel 17 der Reichsverfassung schreibt vor, daß die Volksvertretung in den Ländern nach den Grundzügen der „Verhältniswahl“ gewählt werden muß. Durch die bisherigen Urteile des Staatsgerichtshofes ist anzunehmen, daß das Reichswahlrecht als Richtsicht für die Auslegung dieser Bestimmung zu betrachten ist. Das Reichswahlrecht sieht Listenverbindung vor. Jedem denkenden Beobachter ist es auch klar, daß die Listenverbindung ein notwendiges Mittel ist, um Ungerechtigkeiten, die sich aus dem System der harten Liste geben, zu korrigieren. Die harte Liste — das haben wir an dieser Stelle genug dargelegt — und die Geldsicht des Reichstags seit 1918 liefert das beste Anbaunmaterial dafür — läßt jedoch notwendigerweise zur Parteiplattierung. Soll nun vermieden werden, daß durch diese Parteiplattierung wesentliche Teile der abgegebenen Stimmenzahl bei der Mandatverteilung ausfallen, dann muß Listenverbindung möglich sein.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die sächsische Linke (SPD und KPD) an der Einführung der Listenverbindung in das sächsische Wahlrecht nicht interessiert ist. Von dem Gesetzesgeiste ist der Volksvertreter überfordert, daß für das sächsische Wahlrecht auch in diesem Punkte dem Reichswahlrecht angelehnzt werden soll.

Die SPD hat im Landtag einen Antrag auf Herabsetzung der Mindestgehalte, die Nationalsozialisten